

BVK lehnt CDA-Pläne für Standardprodukt zur Altersvorsorge ab

Bevormundend und unangemessen - mit diesen Attributen kritisiert der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) den Antrag der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zur Stärkung privater Altersvorsorge für den CDU-Parteitag Ende November. Dieser sieht vor, alle Arbeitnehmer zu einer Vorsorge in einer aktienbasierten Anlage ohne Garantien in öffentlicher Trägerschaft zu verpflichten.

„Wenn alle Arbeitnehmer von ihren Nettolöhnen noch Sparbeiträge in ein Standardprodukt ohne Wahlfreiheit einzahlen sollen, ist das ziemlich dirigistisch“, kommentiert BVK-Präsident Michael H. Heinz die CDA-Pläne. „Außerdem ist es nicht sachgerecht, die Altersvorsorge der Volatilität der Aktienmärkte zu überlassen.“

Schließlich kritisiert der BVK, dass mit einem staatlich verordneten Standardprodukt die sozialpolitische Aufgabe der Versicherungsvermittler ignoriert wird. So sorgen dank der qualifizierten Vermittlungstätigkeit die meisten Deutschen für das Alter mit Lebens- und Rentenversicherungen sowie mit Riester-Produkten vor. Diese entsprechen auch viel mehr der gewachsenen Vielfalt der individuellen Lebensformen. Nötig wäre daher eine bürokratische Entschlackung und Vereinfachung der staatlichen Riester-Förderung. Die anbietenden Unternehmen müssten entlastet und die Kosten reduziert werden, um die Produkte attraktiver zu machen.

„Das wäre ein konstruktiver Vorschlag und nicht ein staatlich gelenkter Fonds, der alle über einen Kamm schert“, sagt Heinz. „Ich kann mir daher derzeit nicht vorstellen, dass die CDU als Partei der Marktwirtschaft und Freiheit das auf ihrem Parteitag beschließen wird.“

KONTAKT

BVK-Pressestelle

Telefon 0228 - 22805 - 28

Telefax 0228 - 22805 - 50

E-Mail bvk-pressestelle@bvk.de

Internet www.bvk.de